

Zum Ernst der Lage und zur Dringlichkeit dieser Maßnahme könnt ihr nachfolgend auszugsweise die Meinung und den Appell unseres **Landesvorsitzenden Torsten Jäger** lesen.

....

wir befinden uns aktuell in einer gewerkschaftlich außerordentlich anspruchsvollen Situation.

Die Tarifverhandlungen der Länder stagnieren – die Arbeitgeber haben auch in der zweiten Verhandlungsrunde kein Angebot vorgelegt.

Die Alimentation – Besoldung und Versorgung – ist in diesem Jahr mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht rechtmäßig.

Die beiden Themen hängen unmittelbar zusammen, der Ministerpräsident hat für die Landesregierung zumindest eine zeitgleiche Übernahme eines Tarifergebnisses infrage gestellt.

Und in dieser Situation entscheidet das Bundesverfassungsgericht über die Rechtswidrigkeit des Haushaltszugriffs auf Corona-Rücklagen bzw. -kredite und die schwarz-grüne Landesregierung in Schleswig-Holstein spricht von einer Haushaltsnotlage.

Es wird entscheidend darauf ankommen, ob wir es schaffen, die TdL und auch die Landesregierung in Schleswig-Holstein durch Stärke zu einem entgegenkommenden und vernünftigen, wertschätzenden Handeln zu bewegen. Eines wird nicht gelingen, einfach zu warten und auf Vernunft zu setzen. Offenbar befinden sich einige durchaus in dem Irrglauben, dass ein Tarifabschluss ähnlich des TVÖD selbstverständlich sei.

In den Verhandlungen stellen die Verhandlungsführer der TdL – darunter Monika Heinold – es als normal dar, wenn auch Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in bestimmten Bereichen Wohngeld beantragen müssen. Zudem sei es nach Meinung der Verhandlungsführer der TdL nicht Aufgabe der Länder, die hohe Inflation auszugleichen, sie hätten schließlich die Verantwortung für einen krisenfesten Staat. Andere und dazu notwendige Dinge müssen zunächst finanziert werden. Junge Menschen, die nicht in der Spur laufen, muss man auch wieder loswerden können.

Noch vor wenigen Monaten Beifall klatschen und jetzt solche Aussagen – Wertschätzung geht anders!

*Nicht offiziell hören wir, dass die Übertragung auf die Besoldung und Versorgung sich sehr deutlich verzögern wird – Gerüchte sagen bis zu 18 Monate. **Falls die Arbeitgeber eine Einmalzahlung ins Spiel bringen, könnten/sollen die VersorgungsempfängerInnen ausgespart werden.***

.....

Unsere ersten demonstrativen Aktionen/aktiven Mittagspausen in Neumünster, Kiel, Eutin und Lübeck waren sehr erfolgreich. Wir haben uns mit Ver.di, der GEW, der IG BAU verabredet, gemeinsam zu agieren und gerade diese Tarifaueinandersetzung auch als Einheit der Interessen von Tarifbeschäftigten, BeamtenInnen und VersorgungsempfängerInnen zu betrachten.

Am 6.12.2023 ist in Kiel eine landesweite Demonstration geplant, der GLV der GdP hat für diesen Tag einen Warnstreikbeschluss gefasst.

Ausreden gelten nicht, wir müssen in Kiel stark sein, um in den Tarifverhandlungen, aber auch in den Gesprächen/Verhandlungen zur Besoldungs- und Versorgungsgesetzgebung, Positives erreichen zu können.

...

Tarifbeschäftigte, die sich am Warnstreik beteiligen wollen und noch nicht bei uns organisiert sind, können kurzfristig vor der Aktion am 6.12.2023 noch in die GdP eintreten und erhalten dann das Streikgeld. ...

Wir rufen zu Anträgen und Rechtsschutzverfahren im Zusammenhang mit der Alimentation noch in diesem Jahr (!) auf.

...

Ihr kennt mich wohl eher als Mann, der versucht, Politik und andere Gesprächspartner mit guten Argumenten zu überzeugen. Das wird in diesem Fall leider nicht helfen, wir brauchen eine Machtdemonstration der GdP, der Gewerkschaften – und dazu seid ihr jetzt alle wichtig!

Herzlichst und Glück auf!

Also kommt alle mit am 6. Dezember!